

## VANDALISMUS

## Verwaltung erhöht den Druck auf die Schulen

Die Stadt könne von jeder Schule fordern, ein Präventionsprogramm aufzulegen, um gegen Vandalismus vorzugehen, sagte Bürgermeister Klemens Gsell (CSU) im Schulausschuss. „Wenn eine Schule keines hat, werden die Reparaturen eben nicht von der Stadt, sondern aus dem Schulbudget bezahlt.“

Eingeschlagene Scheiben, eingetretene Türen, zerstörte Feuerlöscher, demolierte Klos: Die Stadt gibt jährlich (wie berichtet) 250 000 Euro dafür aus, an Schulen Vandalismusschäden zu beseitigen. „Wir können als Sachaufwandsträger den Schulen keine Vorgaben machen“, führte Gsell aus. Doch über „Sekundärreize“ könne sie Schulen dazu animieren, präventiv zu arbeiten. Und zum Beispiel ein Leitbild zu erstellen, das klarmacht, dass die Schulgemeinschaft Zerstörungen nicht toleriert.

Versucht eine Schule nicht, Vandalismus vorzubeugen, wird sie dies künftig noch mehr als bislang erklären müssen: Das Schulreferat will über einen längeren Zeitraum nachverfolgen, an welchen Schulen es oft zu Vorfällen kommt. „Auf diese Schulen gehen wir zu und versuchen, sie zu sensibilisieren“, so Gsell.

FDP-Stadtrat Alexander Liebel kritisierte, dass in der Vorlage für den Schulausschuss die Schulen genannt werden, in denen es im Schuljahr 2018/19 zu Vandalismus kam. Ihnen gegenübergestellt sind Schulen, in denen fast nichts passierte und wo „Schulleitung und Hausmeister sehr auf Ordnung und Sauberkeit im Schulhaus achten“. Das erinnere doch an den mittelalterlichen Pranger, zumal auch mit dem besten Präventionsprogramm eine Schule nicht vor Vandalismus gefeit sei. Er habe es als Schulleiter so gehalten, dass er mit der Schülermitverwaltung über die finanziellen Folgen von Zerstörungen gesprochen habe, „dann ist eben für sinnvolle Sachen kein Geld mehr da“.

Bis 2018 sanierte die Stadt an vielen Schulen die Klos. Die Schulen sollten begleitend ein Toilettenkonzept erarbeiten, damit die Schülerinnen und Schüler pfleglicher mit Kloschüsseln und Waschbecken umgehen. Dass nur ein Bruchteil der Schulen ein solches erstellt hat, sei ärgerlich, sagte Grünen-Stadträtin Elke Leo. „Da müssen wir dranbleiben.“

Für Gsell ist es kein Problem, dass vorbildliche und weniger vorbildliche Schulen in der Ausschussvorlage genannt werden. Offenlegung erhöht den Druck. „Die Haltung, dass die Stadt schon für Schäden zahlt, ist jedenfalls nicht das Ziel der Debatte.“ Der Schulbürgermeister bestreitet aber, dass Zerstörungen an Schulen zunehmen. „Das können wir nicht nachweisen.“ Vandalismus habe es immer gegeben, auch in seiner Schulzeit.

UTE MÖLLER